

Anzeiger von Uster



Dienstag, 19. März 2019 | Nr. 65 | CHF 3.80 | ww

Wetzikon befürchtet mehr Lärm wegen Businessjets

Der Wetziker Stadtrat stellt sich gegen die Pläne eines Businessairports in Dübendorf. **Seite 7**

Der Gärtner zwischen zwei Buchdeckeln

Das Leben des Maurmer Gartenbauunternehmers Reto Appenzeller gibt es jetzt als Buch. Wieso eigentlich? **Seite 3**

Bund zerlegt Ruag in Einzelteile

Der internationale Teil d Rüstungsunternehmens soll privatisiert oder verkauft werden. **Seite 18**

Ustermer Gemeinderat sagt Ja zur «Piazza» auf dem Gerichtsareal

Uster Der Gestaltungsplan wurde deutlich angenommen – trotz Einwänden der Ratslinken.

Laura Cassani

In einigen Jahren wird man vom Ustermer Zentrum über den «Gerichtspratz» und durch den «Gerichtsgarten» schlendern können, um zum Zeughausareal zu

gelangen. So sieht es der private Gestaltungsplan «Gerichtspratz-Areal» vor. Und zu diesem sagte der Gemeinderat gestern deutlich Ja.

Bei der Schlussabstimmung enthielt sich die SP: Sie hatte zu-

vor gefordert, dass der Gestaltungsplan zurückgewiesen wird. Der Grund: Die Planung sieht keinen gemeinnützigen Wohnungsbau vor – ein linkes Kernanliegen. Auch die Grünen waren nicht ganz einverstanden mit dem Ge-

staltungsplan. Getreu ihrem Kernthema Umweltschutz forderten sie, dass der Gestaltungsplan eine ökologischere Bauweise vorschreiben müsse.

Die Argumente der Ratslinken vermochten die Mehrheit im Par-

lament nicht zu überzeugen. Zu gross sei die Gefahr, mit einer Rückweisung der gesamten, für die Stadt so wichtigen Planung den «Todesstoss» zu versetzen, sagte etwa FDP-Gemeinderat Jürg Krauer. **Seite 3**



So soll die Gegend um das Gerichtsgebäude dereinst aussehen – samt einer «Piazza» und einem «Gerichtspark». Visualisierung: PD

AVU 2019-03-21

Parlament stellt Weichen für Vorzeigeplatz

Uster Die Stadt Uster bekommt ihren neuen Platz auf dem Gerichtsareal. Das Entschied am Montag der Gemeinderat. Die Mehrheit des Parlaments wollte nichts von den Einwänden der Ratslinken wissen.

Laura Cassani

Am Ende der sechs Jahre stand ein einsamer Applaus. So lange hatte die Ausarbeitung des Gestaltungsplans «Gerichtsplatz-Areal» gedauert. Das Klatschen kam am Montagabend von ganz hinten im Ustermer Gemeinderatssaal. Vermutlich vom ehemaligen Stadtplaner und städtischen Projektentwickler Walter Ulmann: ein beknennender Fan des Gestaltungsplans, der rund um das denkmalgeschützte Ustermer Bezirksgebäude einen Platz, einen kleinen Park, Geschäfts-, Wohn- und Büroräume vorsieht.

Am Montagabend war der Applaus beinahe der emotionalste Moment. Und dies, obwohl es um die Zukunft des so zentralen Gerichtsareals zwischen Ustermer Stadtzentrum und Zeughaus ging. Und obwohl SP und Grüne je einen Rückweisungsantrag stellten.

Die Stadt Uster hat den Gestaltungsplan mit dem Kanton Zürich, dem das Bezirksgebäude gehört, und der Immobilienfirma «BSS & M Real Estate AG» ausgearbeitet. Er ermöglicht es dem privaten Investor, höher zu bauen und dadurch mit seinen Neubauten mehr Geld zu verdienen.

Ein Platz und ein Garten

Die Stadt erhält im Gegenzug öffentliche Freiräume: den «Gerichtsplatz» und einen kleinen Park. Zudem beteiligen sich der private Bauherr und der Kanton, dem das Bezirksgebäude gehört, am Bau und Unterhalt der öffentlichen Plätze und Parkgaragen. Gemeinnützige Wohnungen sind auf dem Areal keine vorgesehen – die Immobilienfirma wird ihre rund 70 Wohnungen zu Marktpreisen vermieten.

Die SP sehe durchaus, dass der Gestaltungsplan eine «Win-Win-Situation für die privaten Investo-

ren und die Öffentlichkeit» sei, sagte Karin Niedermann im Namen der SP-Fraktion. Doch es schein, als werde günstiger Wohnungsbau in der Ustermer Stadtentwicklungspolitik als «gnädiges Supplement» betrachtet.

SP-Stadtrat und Bauvorsteher Stefan Feldmann entgegnete, er sei zwar auch für die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau – «jede andere Behauptung wäre unglaublich», so der Sozialdemokrat. Doch er betonte wiederholt das grosse Ganze: Es seien lange und intensive Verhandlungen gewesen. Die Stadt habe «sehr viel rausgeholt» können. Er sei überzeugt, dass der Gestaltungsplan der zentralen Bedeutung des Areals im Ustermer Stadtraum gerecht werde.

Gerecht werde der Gestaltungsplan soweit möglich auch ökologischen Anforderungen, konterte Bauvorsteher Feldmann auf den zweiten Rückweisungs-

antrag aus den Reihen der Grünen. Die Stadt habe sich an den Anforderungen von früheren Gestaltungsplänen orientiert, zum Beispiel an dem für das Areal «Am Aabach», und sei der Meinung, dass man die ökologischen Anforderungen nun nicht bei jedem Gestaltungsplan erhöhen sollte. Für Grünen-Gemeinderätin Meret Schneider unverstänlich: «Der Klimawandel ist anerkannterweise das zurzeit drängendste Problem der Menschheit», sagte sie. Und trotzdem baue Uster «nicht einmal ansatzweise» so ökologisch, wie es geboten wäre.

Bürgerliche warnen

«Der Gestaltungsplan ist ein grosses und komplexes Vertragspaket», so Bauvorstand Feldmann. «Es wäre nicht ratsam, das Paket noch einmal aufzuschneiden.» Ob ein neues Paket für die Stadt wieder vorteilhaft wäre, sei fraglich.

Die Mitteparteien und die Ratsrechte sahen das ähnlich wie der linke Stadtrat. Man wolle den Gestaltungsplan nicht mit einer zeitlichen Verzögerung gefährden, sagte GLP-Gemeinderätin Ursula Räuflin. Rot-Grün solle nicht «das Parteibüchlein über die Interessen der Bevölkerung stellen», sagte Markus Ehrensperger von der SVP. Und Jürg Krauer von der FDP warnte: «Was wäre das für ein Signal an die aktuellen und künftigen Investoren, wenn wir den Gestaltungsplan heute ablehnen würden?» Eine Rückweisung würde den «Todesstoss» für das Projekt bedeuten, war sich Krauer sicher.

Und so kam es dann nach einer rund einstündigen Debatte zum einsamen Applaus. Die Rückweisungsanträge wurden mit 20 Nein zu 14 Ja-Stimmen abgelehnt. Dieselben 20 Stimmen waren für den Gestaltungsplan. Nur 5 Ratsmitglieder sagten schliesslich

Nein zur neuen «Piazza» mitten in Uster.

Beschlüsse des Parlaments

- Die FDP-Motion «Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!» überwies das Parlament dem Stadtrat einstimmig mit 34 Ja- und keiner Nein-Stimme.
- Eine Motion der Grünen zum Schutz der Artenvielfalt hiess der Gemeinderat mit 23 Ja- zu 10 Nein-Stimmen gut.
- Das Postulat aus den Reihen der SP zur Unterzeichnung der «Charta der Lohnleichheit im öffentlichen Sektor» überwies der Rat mit 20 Ja- zu 13 Nein-Stimmen.
- Schliesslich überwies der Gemeinderat auch ein Postulat von SVP- und EDU-Gemeinderäten zu öffentlichen Velopumpen an ausgewählten Standorten mit 21 Ja-Stimmen. Nur 10 Parlamentarier sagten Nein.